

ANSPRECHPARTNER

**Prof. Dr. Erik Schweickert**

Sprecher für Landesentwicklung

erik.schweickert@fdp.landtag-bw.de
+49 711 2063-9370**Dr. Christian Jung**Mitglied im Arbeitskreis
Landesentwicklung & Wohnenchristian.jung@fdp.landtag-bw.de
+49 711 2063-9250**Friedrich Haag**

Wohnungsbaupolitischer Sprecher

friedrich.haag@fdp.landtag-bw.de
+49 711 2063-9240**Thilo Weber**

Parlamentarischer Berater

thilo.weber@fdp.landtag-bw.de
+49 711 2063-9135

LANDESENTWICKLUNG & WOHNEN

Die neue grün-schwarze Landesregierung hat zu Beginn der Legislaturperiode ein neues Ministerium für Landesentwicklung und Wohnen gegründet – das elfte Fachministerium für Baden-Württemberg. Inhaltlich lässt sich das jedoch kaum begründen, so wurde es doch weit überwiegend einfach aus dem alten Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau abgetrennt und umfasst nur einen sehr kleinen Geschäftsbereich. Der eigentliche Zweck des Ministeriums dürfte daher ein anderer sein und zwar die Versorgung von Regierungsabgeordneten mit Posten und die Beruhigung der Regierungsfractionen durch Ämter.

Passend zu seinem kleinen Geschäftsbereich sah sich das neue Ministerium gleich in einer der ersten Sitzungen des neuen Ausschusses für Landesentwicklung und Wohnen (LaWo) mit einem Berichts Antrag zum Thema „Tiny Houses“ (dies sind neue, besonders flächenarme Wohnformen) konfrontiert – es präsentierte sich damit sehr passend auch selbst als „Tiny House Ministerium“. Auch in den folgenden Ausschusssitzungen wurde klar, dass das Arbeitsprogramm in keiner Weise ein eigenes Ministerium rechtfertigt.

Die Regierung begründete die Einrichtung des neuen Ministeriums damit, dass die Schaffung von mehr Wohnraum eine der großen Herausforderungen für Baden-Württemberg sei und damit mehr Beachtung innerhalb der Landesregierung verdiene. Dies ist zwar inhaltlich richtig, die Schaffung neuer Strukturen innerhalb der Regierung dazu aber der falsche Weg. Wie mehrere unserer Berichts anträge an das Ministerium aufzeigen, war – und ist

teilweise immer noch - das Tiny House Ministerium kaum mit Sachpolitik, sondern mit dem Aufbau von Strukturen, dem Rekrutieren von Personal und der Suche nach Räumlichkeiten beschäftigt. Unsere Nachfragen nach den Plänen für den neuen Strategiedialog „Bezahlbares Wohnen und innovatives Bauen“ („Der Strategiedialog befindet sich derzeit in der Konzeptionsphase“) oder für die Überarbeitung der Landesentwicklungsplanung („können derzeit keine belastbaren Aussagen zu den zeitlichen Abläufen gemacht werden“) zeigten, dass das Ministerium eher mit sich selbst beschäftigt war, anstatt die Themen – welche ja alle auch schon in der Vergangenheit im Wirtschaftsministerium bearbeitet wurden – aktiv voranzutreiben. Zusammenfassend kann man die ersten Monate des neuen Hauses so bezeichnen: Neue Kosten, neue Posten, keine Ergebnisse. Wir plädieren daher weiterhin für die Abschaffung dieses unnötigen neuen Ministeriums.

DIE WICHTIGSTEN ANTRÄGE

- » **17/210** - Strategiedialog „Bezahlbares Wohnen und innovatives Bauen“
- » **17/262** - Aktuelle Entwicklungen in der Normung beim Bauen
- » **17/424** - Angekündigte Überarbeitung der Landesentwicklungsplanung
- » **17/838** - Fortschritt bei Planung, Genehmigung und Ausbau überörtlicher Versorgungsnetze und deren Auswirkung auf die Landesplanung

Alle Rechte vorbehalten. Die Rechte für die Verwendung der Abbildungen und Textbeiträge liegen bei der FDP/DVP-Fraktion. Diese Veröffentlichung gilt ausschließlich der Information. Sie darf während des Wahlkampfes nicht zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden.

IM FOKUS

LÄNGST ÜBERFÄLLIG: ÜBERARBEITUNG DER LANDESENTWICKLUNGSPLANUNG

Arbeitskreis:
**Landesentwicklung
& Wohnen**

Ansprechpartner:
**Prof. Dr. Erik Schweickert
Dr. Christian Jung
Friedrich Haag**

Die neue Landesregierung hat eine Überarbeitung des Landesentwicklungsplans angekündigt. Dies ist lange überfällig und wird von uns schon seit Jahren gefordert – endlich ist es jetzt soweit. Wir werden diesen Prozess kritisch-konstruktiv begleiten.

Der Landesentwicklungsplan (LEP) hat eine besondere Bedeutung für unser Land: Er legt beispielsweise fest, wo Wohnungen und Gewerbegebiete gebaut werden dürfen, wo Straßen errichtet werden sollen, welche Städte über welche öffentliche Einrichtungen verfügen müssen oder welche Gebiete für Energieversorgung und Naturschutz vorzuhalten sind. Zuletzt wurde der LEP 2002 aktualisiert – Themen wie Digitalisierung, Breitbandversorgung, Klimaschutz oder ÖPNV-Ausbau hatten damals eine ganz andere Bedeutung wie heute. Er wird damit aktuellen Anforderungen von Unternehmen und Bürgern nicht annähernd gerecht.

Vor diesem Hintergrund drängen wir bereits seit vielen Jahren auf eine Überarbeitung des LEPs. Darauf hat die Landesregierung jetzt endlich reagiert und eine Novelle angekündigt. Leider passiert dies noch viel zu langsam und die zuständige Ministerin geht selbst nicht davon aus, dass der Prozess vor 2027 abgeschlossen sein wird. Bis die neuen Regeln dann in die regionalen und kommunalen Planungsinstrumente übersetzt werden, werden nochmal weitere Jahre vergehen. Am

Ende werden wir mit 30 Jahre alten Regelungen zu kämpfen haben – unserer Ansicht ist das nicht akzeptabel. Wir drängen daher auf eine nachhaltige Beschleunigung des Prozesses und werden die Landesregierung hier zu mehr Tempo anhalten.

Hier geht's zurück zur Übersicht!